

# Vorwort

Birgit Enzmann

## 1 Zum Konzept des Bandes

Politische Gewalt hat auch im zurückliegenden Jahr das Weltgeschehen maßgeblich geprägt. Sie gehört zu den sozialen Grundkonstanten, die sich in der gesamten Geschichte der Menschheit nachweisen lassen und als *mögliches* Mittel der Politik auch nicht beseitigen lässt. Schon ein einzelner Gewaltanwender kann alle Bemühungen friedlicher Konfliktbeilegung zunichtemachen und einen Kreislauf aus Gewalt und Gegengewalt in Gang setzten. Deshalb sind die zentralen Formen politischer Gewalt, wie Krieg, Revolution, Widerstand, Terror und gewaltsamer Extremismus, ständiges Forschungsobjekt verschiedener humanwissenschaftlicher Disziplinen. Zentrale Erkenntnisinteressen sind zum einen die Ursachen, Auslöser, Motive und Ziele dieser Gewaltakte, um geeignete Präventionsmaßnahmen entwickeln zu können. Zum anderen wird nach Möglichkeiten gesucht, politische Gewalt, die sich nicht verhindern ließ, zu begrenzen. Eine Analyse typischer Abläufe und innerer Dynamik soll Eskalationsfaktoren aufdecken und die Etablierung von Deeskalationsmechanismen ermöglichen. Außerdem werden Kriterien für die Differenzierung zwischen rechtlich und moralisch unzulässiger und zulässiger Gewalt gesucht. Selbstverteidigung und Nothilfe beispielsweise sollen sanktionsfrei möglich sein, aber nur soweit sie sich in definierten Schranken bewegen und unnötige Verletzungen und zusätzliche Eskalation vermeiden. Für staatliche Gewalt kann das Ziel sogar eine Verrechtlichung sein, wie im Fall des staatlichen Gewaltmonopols oder völkerrechtlichen Einhegung des Krieges. Doch auch hier gilt: „Gewalt lässt sich letztlich nur gewaltsam unterdrücken. Das ist das Paradox, das durch Verrechtlichung abgemildert, aber nicht aufgehoben werden kann.“<sup>1</sup>

Die Forschung ist stark ausdifferenziert. Die einzelnen Formen politischer Gewalt werden meist gesondert analysiert. Obschon es zwischen ihnen Wechselwirkungen (Staatsterror provoziert Widerstand) und zum Teil fließende Übergänge (von der Revolution zum Bürgerkrieg zum Krieg) gibt, haben die zentralen Formen politischer Gewalt doch ein klares Profil. Krieg, Revolution, Widerstand, Terror und gewaltsamer Extre-

---

1 Dieter Grimm. 2006. Das staatliche Gewaltmonopol. In *Herausforderungen des staatlichen Gewaltmonopols: Recht und politisch motivierte Gewalt am Ende des 20. Jahrhunderts*, hg. von Freia Anders und Ingrid Gilcher-Holtey, 18–38. Frankfurt; New York: Campus, hier S. 28.

mismus unterscheiden sich beispielsweise deutlich hinsichtlich der Akteurskonstellationen, der Adressaten, Mittel und Strategien, so dass eine gesonderte Analyse nötig ist. Die getrennte Untersuchung ermöglicht auch eine genauere Beobachtung interner Veränderungen, etwa im Fall der erheblichen Wandlungen moderner Kriege und Revolutionen in den vergangenen Jahrzehnten. Zusätzlich unterliegen Ausmaß und Intensität der verschiedenen Gewaltformen „konjunkturellen Schwankungen“, die sich auch in der wissenschaftlichen Aufmerksamkeit niederschlagen, etwa für die Arabische Revolutionswelle oder für rechtsextremistische Gewalt in Deutschland. Entsprechend ihrer Besonderheiten sind an der Erforschung der einzelnen politischen Gewaltformen unterschiedliche Disziplinen beteiligt. Revolutionsforschung etwa gehört zu den zentralen Gegenständen Politischer Soziologie und Geschichtswissenschaft; Widerstand ist ein wichtiges Thema der Politischen Philosophie, der Rechts- und Geschichtswissenschaft. Politische Gewalt ist, soweit es die Spezifika ihrer zentralen Formen anbelangt, interdisziplinär sehr gut erforscht.

Seltener wird dagegen schon aufgrund der disziplinären Differenzierung das Gesamtphänomen politischer Gewalt in den Blick genommen. Oft geht es dann um terminologische Probleme, Typisierungen oder generelle Fragen, etwa zur Vereinbarkeit von Politik und Gewalt. Dabei gibt es gute Gründe, die Forschungsergebnisse zu den einzelnen politischen Gewaltformen von Zeit zu Zeit zusammenzuführen. Schon für die oben angeführten Fragen zu Präventions-, Deeskalations-, Legitimations- und Eingegungsmöglichkeiten bietet sich ein Abgleich der Wissensbestände an. Insofern alle Formen politischer Gewalt zumindest in Teilen auf Mechanismen vorpolitischer Gewalt aufsatteln, ist jenseits der Spezifika jeder Gewaltform ein gemeinsamer Grundstock von Ursachen, Auslösern, Motiven, Zielen und Rahmenbedingungen zu vermuten. Und so ist es naheliegend, dass Präventionsmaßnahmen, die sich für eine Gewaltform bewährt haben, auch bei anderen erfolgreich sein könnten. Ähnliches gilt für Eskalationsfaktoren und Legitimationsmuster. Wichtige Forschungsimpulse für das Gesamtphänomen können sich auch aus Einsichten in Veränderungen einzelner Gewaltformen ergeben. So wie die Entstehung neuer Kriegsformen eine Debatte um überkommene, europäisch geprägte Definitionen von Krieg angestoßen hat, gilt es nun auch die bisherigen Begriffe von Widerstand und Revolution zu prüfen.

Das vorliegende Handbuch versucht, beide Anliegen zu verbinden. Es bietet erstens kompakte Darstellungen des aktuellen Forschungsstands zu zentralen Formen politischer Gewalt. Hierfür konnten Expertinnen und Experten aus verschiedenen Fachdisziplinen gewonnen werden, die bereits früher zu ihrem jeweiligen Thema geforscht und publiziert haben. So kann hier ein breites Spektrum theoretischer wie empirischer, historischer wie aktueller, rechtlicher wie politischer, soziologischer und psychologischer Erkenntnisse präsentiert werden. Das Handbuch ermöglicht zweitens, die dargestellten Wissensbestände auf wichtige Gemeinsamkeiten der politischen Gewaltformen hin auszuwerten. Allen Beiträgen liegt deshalb ein gemeinsames Konzept zugrunde, bestehend aus einer begrenzten Definition politischer Gewalt und einem Fragenkatalog,

an dem sich alle Autoren – wenn auch mit unterschiedlicher Gewichtung und Abfolge – orientiert haben. Politische Gewalt wird in diesem Band verstanden als die absichtsvolle physische und psychische Schädigung anderer mit dem Ziel, politische Entscheidungen, Leitideen oder Regeln zu beeinflussen. Ausgegrenzt sind damit „strukturelle Gewalt“ (durch Einkommensverteilung, Arbeitswelt etc.), häusliche Gewalt, Fankrawalle oder Ähnliches. Außerdem werden kriminelle Gewalt und ihr Pendant, die legale staatliche Verbrechensbekämpfung nicht einbezogen. Dies stellt sicher, dass die verbleibenden Formen von Gewalt anhand zahlreicher Kriterien vergleichbar sind und Vergleiche zu substantiellen Erkenntnissen führen können. Diese Kriterien sind in den einheitlichen Fragenkatalog eingeflossen.<sup>2</sup>

- a) Welche Ursachen hat die betreffende Form politischer Gewalt und in welchem Wechselverhältnis stehen sie zueinander?
- b) Was sind die typischen Auslöser?
- c) Lassen sich typische Verlaufsformen erkennen?
- d) Welche Faktoren führen zu Eskalation und Deeskalation?
- e) Welche Akteure spielen für Beginn, Verlauf und Beendigung der betreffenden Form politischer Gewalt eine wichtige Rolle? Welche Rolle spielen Eliten (alte und neue), Intellektuelle, Minderheiten, die breite Bevölkerung?
- f) Gibt es geeignete Strategien zur Verhinderung?
- g) Gibt es Versuche der Einhegung und Verrechtlichung und wie wirken sie sich aus?
- h) Wie wird die betreffende Form politischer Gewalt zu legitimieren versucht? Inwieweit und gelingt das? Liegen spezifische Legitimationsprobleme der Gewaltform vor?

## 2 Zu den Beiträgen

Die ersten beiden Beiträge sollen wichtige Grundlagen und eine erste Übersicht zum Gesamtphänomen politischer Gewalt vermitteln. Insofern politische Gewalt selbst nur eine mögliche Erscheinungsform von Gewalt darstellt, führen *Klaus Wahl und Melanie Rhea Wahl* zunächst in das Begriffsfeld Aggression und Gewalt ein und stellen dann systematisch die Erscheinungsweisen, Funktionen und Ursachen von Aggression und Gewalt dar. Differenziert nach individueller und kollektiver Gewalt werden innere Dynamik, Präventions- und Einhegungsmöglichkeiten aufgezeigt. Einbezogen wird dabei der aktuelle Forschungsstand aus biologischer, psychologischer und soziologischer Gewalt- und Aggressionsforschung. Der Beitrag zeigt somit vorpolitische Mechanismen, auf denen politische Gewalt zum Teil aufbaut.

---

2 Eine erste Auswertung findet sich unten im Übersichtsartikel „Politische Gewalt“ in den Tabellen 1 und 2.

Im zweiten Beitrag vermittelt *Birgit Enzmann* einen Überblick über die Vielfalt politischer Gewalt und zeigt gleichzeitig die Besonderheiten politischer gegenüber vorpolitischer Gewalt auf. Außerdem werden einige Hintergründe nichtstaatlicher und staatlicher politischer Gewalt geklärt und schließlich die unvermeidliche Frage nach der Überwindbarkeit von Gewalt als Mittel der Politik aufgeworfen.

Die nun folgenden Beiträge sind den zentralen Formen politischer Gewalt – Widerstand, Revolution, Krieg, Terror und extremistischer Gewalt – gewidmet. Die Auswahl der einzelnen Themen folgt wichtigen Debatten und Problemstellungen innerhalb der Forschung, so dass einer politischen Gewaltform nur ein (Extremismus) oder auch mehrere Beiträge gewidmet sein können. Damit ist keine Wertung verbunden.

Die Reihe der Beiträge zum politischen Widerstand eröffnet ein Typologisierungsversuch von *Karl Graf Ballestrem*. Ausgangspunkt des Beitrags ist die Frage, ob es innerhalb einer freiheitlich-demokratischen Ordnung ein Widerstandsrecht geben kann. Hierfür unternimmt der Autor zuerst eine Begriffsklärung. Widerstand und ziviler Ungehorsam, so das Ergebnis, sind Formen der politischen Opposition, die sich nach den Kriterien ihres Gegenstands und ihrer (illegalen) Methoden voneinander abgrenzen lassen. Gleichzeitig ergibt sich aus der Einordnung in das Gesamtspektrum von Opposition auch das entscheidende Argument für die Ausgangsfrage: Je geringer die legalen Möglichkeiten, desto eher sind illegale legitim.

Wer ist wie und aus welchen Gründen berechtigt, Widerstand zu üben? Auch die klassische Lehre vom Widerstandsrecht versucht diese Fragen zu beantworten. *Frauke Höntzsch* skizziert in ihrem Beitrag zunächst die zu bewältigenden Hindernisse, um anschließend die wesentlichen Entwicklungsetappen der Lehre nachzuzeichnen. Die These: Im Verlauf der Herausbildung der Lehre, von den Anfängen im Mittelalter bis hin zur Formulierung des Widerstandsrechts im Rahmen der Gesellschaftsvertragstheorie, kommt es zu einer Ausdifferenzierung zweier Formen des Rechts auf aktiven Widerstand: eines individuellen Rechts von Privatpersonen auf Notwehr gegen unbefugte Anmaßung von Herrschaftsgewalt und eines kollektiven Rechts des Volkes bzw. seiner Vertreter auf politische (Gegen-)Gewalt gegen den Missbrauch ursprünglich legitim erworbener Herrschaftsgewalt. Die ideengeschichtliche Darstellung verdeutlicht dabei, dass es neben einer Autorisierung zum Widerstand immer auch darum ging, die als notwendig und legitim erachtete Gewalt in rechtliche Formen zu überführen und zu begrenzen.

In vier weiteren Beiträgen wird das Phänomen Widerstand in konkreten historischen Kontexten betrachtet. *Heinz Hürten* befasst sich mit den Spezifika des Widerstands gegen den Nationalsozialismus. Den prägt entscheidend, dass er sich nicht gegen eine beliebige Diktatur, sondern ein totalitäres Regime wandte, das das gesamte Leben der Bürger zu beherrschen suchte. Widerstand entsprang deshalb nicht allein der Zielsetzung, das politische System zu ändern, sondern auch der Entscheidung, für die eigene Lebenswelt andere Normen gelten zu lassen als die nationalsozialistischen. Dementsprechend

breit gefächert war die Art und Intensität der Auflehnung. Der Beitrag verdeutlicht dies durch einen nach den Akteuren differenzierten Überblick über widerständiges Handeln während des Nationalsozialismus. Er würdigt die Bemühungen als damals politisch erfolglos aber moralisch wichtig für den Neuanfang nach 1945.

*Peter Steinbachs* Beitrag ist einem geschichtspolitisch hochgradig aufgeladenen und deshalb äußerst sperrigen Themen wissenschaftlicher Zeitgeschichte gewidmet: dem Widerstand und der Opposition in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR. Sie angemessen zu erfassen erfordert, so Steinbach, eine erweiterte Forschungsperspektive, die zum einen das breite Spektrum von Opposition und Widerstand beachtet, die zweitens den gesamten Zeitraum von 1945 bis zur Wiedervereinigung sowie die sich ändernden Einflussfaktoren einbezieht und die drittens das Wechselverhältnis von Widerständigkeit und staatlicher Repression in den Blick nimmt. Der Beitrag beschreibt und analysiert die Widerstandsgeschichte der DDR aus dieser erweiterten Perspektive und formuliert einige allgemeine Einsichten zur Widerstands- und Diktaturforschung.

*Josef Isensee* wendet sich einem der bekanntesten Versuche zu, Widerstand positiv-rechtlich zu autorisieren und gleichzeitig zu beschränken. Obwohl die Bundesrepublik als demokratischer Verfassungsstaat seinen Bürgern umfassenden Rechtsschutz bietet und darauf abzielt, das Notrecht auf Widerstand obsolet zu machen, sieht das deutsche Grundgesetz in Art. 20 Abs. 4 ein Widerstandsrecht vor. Es schafft damit, so Isensee, das Paradox eines legalisierten Rechtsbruchs. Der Beitrag erläutert die Entstehungshintergründe und die Zielsetzung des Grundgesetzartikels sowie die engen Grenzen, in denen er Anwendung finden könnte. Die Darstellung mündet in eine Bewertung des praktischen Nutzens der Regelung, die negativ ausfällt: Das Grundgesetz bedient in Art. 20 Abs. 4 Legalitätsbedürfnisse dort, wo Legalität nichts mehr ausrichtet und bestätigt Lenins Sarkasmus, dass deutsche Revolutionäre, ehe sie den Bahnhof stürmen, zuvor noch Bahnsteigkarten kaufen.

Ein legalisiertes Widerstandsrecht ist aber nicht nur aus rechts- sondern auch demokratietheoretischer Sicht eine Herausforderung. Denn einige Formen des Widerstands setzten darauf, gerade durch Rechtsbrüche die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit für ihr Anliegen zu erregen. Wenn auch aktiver, gewaltsamer Widerstand in demokratischen Rechts- und Verfassungsstaaten nicht zu rechtfertigen ist, stoßen gewaltloser, passiver Widerstand und ziviler Ungehorsam dort heute vielfach auf Zustimmung und Unterstützung. *Heinz Kleger* erläutert in seinem Beitrag, was genau unter zivilem Ungehorsam zu verstehen ist, worauf er zielt, auf welche Strategien er setzt und inwiefern er bei aller Illegalität doch legitim sein kann. In einem weiteren Abschnitt stellt er aktuelle Anlässe und Formen zivilen Ungehorsams vor und formuliert eine demokratietheoretische Quintessenz: Ziviler Ungehorsam ist eine Ausnahmemethode, um einen demokratischen Dialog zu gravierenden Problemen anzustoßen.

Der nächste Abschnitt des Handbuchs ist der Revolution gewidmet. Dauer und Ausmaß der Gewaltanwendung ist in Revolutionen zwar sehr unterschiedlich, als Droh-

potential der Bevölkerung gegenüber den Herrschenden spielt sie für den Erfolg einer Revolution aber eine entscheidende Rolle. *Birgit Enzmann* gibt eine kurze begriffsgeschichtliche Einführung und fasst dann den Forschungsstand zu Ursachen, typischen Verläufen und Ergebnissen von Revolutionen zusammen.

Allerdings, so gibt *Ekkart Zimmermann* anschließend zu bedenken, ist vor allem im Bereich der Theoriebildung noch einiges zu tun. Die marxistischen und konservativ-autoritär geprägten Revolutionstheorien der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hatten mehr Nähe zur jeweiligen „Bewegung“ und ihrer Ideologie als zur wissenschaftlichen Analyse. Erst ab den 1960er Jahren entstanden Theorien, die durch formale Definitionen und Modelle helfen, Revolutionen verschiedener Epochen und ideologischer Prägung zu erfassen und zu vergleichen. Für das 21. Jahrhundert taugen diese Theorien nach Ansicht des Autors aber nur noch bedingt: Die wirtschaftliche Globalisierung werde national-eigenständige Revolutionen eher erschweren. Das Internet mit seinen unklaren Strukturen verändere außerdem die Kontroll- und Einflussmöglichkeiten nachhaltig. Es bleibe abzuwarten, welchen Einfluss diese und andere Entwicklungen auf Revolutionen des 21. Jahrhunderts und die entsprechende Theoriebildung haben.

Vier Beiträge des Handbuchs wenden sich dem Krieg zu. Da sich unsere Vorstellung dessen, was Krieg ist, in der Geschichte immer wieder gewandelt hat, führt *Monika Heupel* zunächst in die aktuelle Terminologie und Typologie ein. Seit dem 2. Weltkrieg sei v. a. eine Öffnung der Kriegsdefinition für nichtstaatliche Akteure zu verzeichnen, die mit einer Differenzierung zwischen großen, d. h. zwischenstaatlichen und kleinen, d. h. auch nichtstaatliche Akteure einbeziehenden Kriegen einherging. Die Autorin stellt verschiedene Typen großer und kleiner Kriege vor, informiert über deren bisherige Verbreitung, Ursachen und Beendigung. Den Abschluss bilden Ausführungen zu den Bestimmungen des Völkerrechts zu großen und kleinen Kriegen.

Die weiteren Beiträge sind politisch und politiktheoretisch wichtigen Debatten gewidmet. Den Anfang macht die Denkfigur des gerechten Krieges. Sie stellt Krieg unter Rechtfertigungszwang nach Kriterien von Gerechtigkeit und Recht. *Bernhard Sutor* skizziert die Entwicklung der Bellum-Iustum-Theorie von ihren Anfängen bis zur Gründung der Vereinten Nationen in ihren wichtigsten Stationen und Ausprägungen vor dem Hintergrund des jeweiligen geschichtlich-politischen Kontextes. Dabei lautet die skeptische Generalfrage, wie weit Krieg gezähmt und möglichst verhindert werden kann.

Durch das Gewaltverbot in der Charta der Vereinten Nationen wird die Debatte über Legitimierbarkeit und Einhegung von Krieg in neue Bahnen gelenkt. Eine zentrale Frage ist, ob es zwischen dem generell verbotenen Angriff und der erlaubten militärischen Selbstverteidigung ein Drittes geben kann: die humanitäre Intervention, bei der ein Intervent unter Berufung auf die Interessen der Menschen im Interventionsgebiet in einen Konflikt eingreift, ohne selbst bedroht zu sein. *Herfried Münkler* verortet in seinem Beitrag die humanitäre militärische Intervention zuerst im Gesamtspektrum von Interventionstypen. Dann wendet er sich der ambivalenten Theorie und Praxis ihrer Legitima-



tion zu und erläutert abschließend typische Verläufe, Akteurskonstellationen und die Erfolgsaussichten humanitärer Intervention.

Eine weitere, viel diskutierte mögliche Rechtfertigung militärischer Intervention ist die Demokratisierung. Seit der Aufklärung knüpft sich daran die These vom Demokratischen Frieden, also der Abwesenheit von Krieg zwischen etablierten Demokratien. Gleichzeitig aber besitzen Demokratien eine weiterhin hohe Gewaltbereitschaft gegenüber Nichtdemokratien und sie legitimieren Kriege z. T. sogar mit der Aussicht auf die Ausbreitung des Demokratischen Friedens. Darüber hinaus stehen von Demokratien geführte Kriege unter besonderem Rechtfertigungsdruck und weisen typische Verlaufsformen auf. Wolfgang Wagner erläutert in seinem Beitrag diese komplexen Zusammenhänge zwischen Akteuren, Ursachen und Abläufen und zeigt dabei die demokratiespezifischen Friedensfähigkeiten genauso auf, wie die Schattenseiten des Demokratischen Friedens.

Der letzte Abschnitt des Handbuches ist Formen politischer Gewalt gewidmet, deren zentrales Ziel die Verbreitung von Angst ist. *Christopher Daase* erläutert ein altes, komplexes und überaus wandelbares Phänomen: den Terrorismus. Um ihn adäquat zu erfassen, stellt der Autor verschiedenen Definitionsmöglichkeiten vor, skizziert kurz die Geschichte des modernen Terrorismus und betont dabei insbesondere dessen transnationalen Charakter. Der weitere Text geht aktuellen Problemen und Fragestellungen der Forschung nach: Er diskutiert die wissenschaftliche Datenlage, weist auf die Schwierigkeit wissenschaftlicher Bedrohungsanalysen hin und erwägt abschließend, welche Optionen im Kampf gegen den Terrorismus bestehen.

*Michael Riekenberg* stellt am Beispiel Lateinamerikas den äußersten innenpolitischen Missbrauch staatlicher Gewalt vor: Im Staatsterror bedroht der Staat über Recht und Gesetz hinweg die eigene Bevölkerung oder Teile davon mit (physischer) Gewalt, wobei er die Staatsbürger in Ungewissheit darüber lässt, ob sie zum Opfer dieser Gewalt werden (können) oder nicht. Der Autor erläutert regional unterschiedliche Ausprägungen und gibt dann einen Überblick über Stand und Probleme der Forschung. Er schließt mit dem pessimistischen Ausblick, dass die Bereitschaft zu ungesetzlicher Gewaltausübung auch künftig Bestandteil staatlicher Ordnungspolitik in Teilen Lateinamerikas bleibe.

Last but not least wendet sich *Uwe Backes* den gewaltgeneigten Formen des politischen Extremismus im vereinten Deutschland zu. Sie werden zunächst getrennt nach ihren Hauptformen, ihrem Selbstverständnis und ihrer organisatorischen Entwicklung beschrieben und eingeordnet. Eingehend werden Taten, Täter und Opfer in ihrem sozialen Umfeld, ihrer Motivation und Delikt spezifik analysiert. Ein eigener Abschnitt ist den Wechselwirkungen und Interaktionen der gewaltgeneigten Szenen gewidmet. Anschließend wird der Umgang mit politisch motivierter Gewalt in seinen präventiven wie repressiven Formen behandelt. Der Beitrag schließt mit einer knappen Einschätzung des Gefahrenpotentials.

Allen Autorinnen und Autoren, die sich an diesem Band beteiligt haben gilt mein herzlicher Dank. Einige haben sich überreden lassen, über ein früheres Thema noch

einmal ganz neu nachzudenken. Andere haben meine Sonderwünsche bezüglich der Darstellung ihrer aktuellen Forschung klaglos ertragen. Zu danken ist ihnen und dem Fachlektorat Politik des VS-Verlags außerdem für ihre Geduld und eine unkomplizierte Zusammenarbeit.



Handbuch Politische Gewalt

Formen - Ursachen - Legitimation - Begrenzung

Enzmann, B. (Hrsg.)

2013, XIV, 393 S. 10 Abb., Hardcover

ISBN: 978-3-531-18081-6